

Niederschrift

über eine Sitzung des **Umweltausschusses** der am 01. März 2009 gewählten Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Donnerstag, dem **12.11.2009**, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister
2. Genehmigung der Niederschrift vom 15.04.2009
3. Berichte
4. Antrag „Parlamentarische Petition betreffend flächendeckender LKW-Maut“
5. Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag
6. Wissenspool erneuerbare Energie
7. Bericht Altstoffsammelzentrum – Betrieb
8. Verpackungsglassammlung Gastronomie
9. Fußgängerzone Stille-Nacht-Platz - Absperrung
10. Allfälliges

Anwesende:

GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Auzinger
GV Ing. Josef Eder
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
GV Wolfgang Oberer
GV Peter Illinger
GV Martin Neumeier in Vertretung für 2. Vizebgm. Sabine Mayrhofer
GV Johann Tutschka
Bgm. Peter Schröder

Es waren 2 Zuhörer anwesend: GV Maria Petzelberger, StR Wolfgang Stranzinger;

Schriftführer:

Helmut Timin

Entschuldigt:

2. Vizebgm. Sabine Mayrhofer
GV Anneliese Höller

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister

GV Dr. Andrea Voggenhuber eröffnet um 19.04 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums aufgrund der Anwesenheit von 8 Ausschussmitgliedern fest. Die Tagesordnung wurde rechtzeitig zugestellt und es bestehen dazu keine Einwände.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 15.04.2009

GV Dr. Voggenhuber stellt den **Antrag, das Protokoll vom 15.05.2008 unter Berücksichtigung folgender Änderung zu genehmigen: Unter TOP 5 wird die Preisangabe von 133 € auf 33 € korrigiert.**

Offene Abstimmung (8 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig genehmigt.

3. Berichte

Es liegen keine Berichte vor.

4. Antrag „Parlamentarische Petition betreffend flächendeckender LKW-Maut“

GV Dr. Voggenhuber berichtet, dass dieser Punkt auf Grund eines GV-Beschlusses an den Umweltausschuss zur Beratung und Beschlussfassung zugewiesen wurde. Zur Wirksamkeit muss der Beschluss im Namen der GV einstimmig gefasst werden.

GV Ing. Moser erläutert die Petition im Detail und meint, dass die derzeitige Regelung wettbewerbsverzerrend ist. Die LKW-Maut in Österreich gilt ab 3,5 t und ist gewichtsabhängig. Kabotage-Regelung in Österreich ist eine Art von Gebietsschutz für heimische Frächter. Ein ausländischer Frächter, der in Österreich eine Zustellung vornimmt, darf nur Aufträge von dieser Zustellroute aufnehmen. Es besteht die Absicht, diese Regelung zu lockern. Das würde dazu führen, dass ausländische Frächter durch Ihre niedrigen Lohnkosten wesentlich günstigere Fahrten anbieten können, als heimische Unternehmer. Eine flächendeckende LKW-Maut würde dieser Entwicklung entgegenwirken.

- *GV Oberer erscheint um 19.12 Uhr, somit sind 9 Ausschussmitglieder anwesend.*

Vorbildhaft wird im Zuge dieser Thematik gerne das Schweizer Modell herangezogen. Die Schweizer Lkw verwenden eine „On-Board-Unit“ sowie eine Karte, welche die gefahrenen Kilometer speichert und 3-fach überwacht wird (Bewegungssensor, GPS, Fahrtenschreiber). Jeden Monat wird die Karte an die Schweizer eidgenössische Zollbehörde zur Auswertung übermittelt. Diese stellt dann die Rechnung an die Frächter aus. Zusätzlich sind an stark frequentierten Autobahnen und Straßen Kontrollstellen eingerichtet wo überprüft wird, ob die Aufzeichnungen nicht verfälscht wurden. Nach diesem Vorbild wäre eine Einführung in Österreich sinnvoll. Die Kriterien sollten sich nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht, der Schadstoffabhängigkeit und den gefahrenen Kilometern richten. Die Vorteile wären:

- _ Entlastung des untergeordneten Straßennetzes
- _ Entlastung der Ortschaften durch Mautflüchtlinge
- _ Effizienzsteigerung beim Straßentransportgewerbe (Zahl der Leerfahrten geht zurück)
- _ Stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene
- _ Reduzierung des Schadstoffausstoßes / positiver Umwelteffekt
- _ Umrüsten der Transportunternehmen auf modernere, umweltfreundlichere Lkw
- _ Besserer Schutz vor ausländischer Konkurrenz nach der geplanten Lockerung der Kabotageregelung
- _ Sicherung von heimischen Arbeitsplätzen durch Gleichstellung von in- und ausländischen Transportunternehmen
- _ Sicherung von Steuereinnahmen (u. a. Kommunalsteuer)
- _ Kein Ausweichen „alter, schmutziger und lauter“ Lkw auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der schadstoffabhängigen Lkw-Maut (ab 2010)
- _ Gleichstellung zwischen Schienen- und Lkw-Verkehr: Im Schienenverkehr muss für jeden Kilometer bezahlt werden, Lkw zahlen derzeit nur Autobahnkilometer
- _ Mehr Kostenwahrheit: Bei Pkw gibt es derzeit eine Überdeckung der entstehenden Kosten, bei Lkw eine Unterdeckung

GV Tutschka erkundigt sich, ob ab 2010 durch die Lockerung der Kabotageregelung jeder ausländische Frächter auch Aufträge bei seiner Tour in Österreich annehmen darf.

GV Ing. Moser erläutert, dass die Neu-Regelung nicht unbegrenzt ist. Ein Frächter darf bei seiner Tour bis zu 7 Aufträge annehmen.

GV Neumeier meint, dass die Kosten der Petition dem Konsumenten über die Produkte übergewälzt werden.

GV Ing. Moser sieht hier eine Preisverlagerung. Unmittelbare Kosten lassen sich aus der Petition nicht ableiten.

GV Illinger meint, dass die Strategien der Frächter Thema im Parlament seien. Heimische Frächter sollten mit dieser Maut nicht belastet werden. Ausländische Frächter sollen herausgesiebt werden. Heimische Frächter wollen diese Regelung nicht.

GV Stahl wirft ein, dass auch österreichische Frächter die Maut umgehen und dadurch Ortsdurchfahrten, Bundes- und Landesstraßen belasten. Dieser Verkehr ist für alle belastend. Es sollten alle dazu gedrängt werden, die großen ausgebauten Strecken zu nutzen. Die Regelung zielt auf mehr Natur- und Umweltschutz ab.

GV Ing. Moser vertritt die Auffassung, dass ein Herauspicken von nur ausländischen Frächtern keine gerechte Behandlung wäre. Das Thema soll im Nationalrat im Sinne des Natur- und Umweltschutzes behandelt werden. Die Wirtschaftskammer Salzburg hat sich bereits 1999 für ein Modell nach Schweizer Vorbild ausgesprochen. Es gibt auch Stimmen der heimischen Frächter, die dieses Modell unterstützen.

Es entsteht ein kurzer Dialog zwischen den Zuhörern und dem Ausschuss.

GV Ing. Moser kann sich ein System ähnlich dem Bonus/Malus vorstellen, dass sich nicht nur beim LKW-Neukauf sondern auch bei der weiteren Besteuerung auswirkt. Dabei wird das Gewicht auch eine Rolle spielen müssen. Ein 40-t-Lkw verursacht einen Schaden wie vergleichsweise 36.000 Pkw.

GV Oberer erklärt, dass vermehrt Klein-Lkw mit einer Pkw-Zulassung und ungarischem Kennzeichen zu sehen sind. Die Lenker bilden Fahrgemeinschaften, um durch Lenkerwechsel ohne Pause durchfahren zu können. Werden diese Klein-Lkw von der Regelung erfasst?

GV Ing. Moser meint, dass es darauf ankommt, ob das gesetzeskonform ist und ob die Arbeitszeiten und die Ruhezeiten eingehalten werden.

GV Dr. Voggenhuber erklärt, dass das Vorhaben sehr langwierig und komplex sei. Auch das Schweizer Vorbild, ein wirklicher Volltreffer, benötigte in der Umsetzung einige Zeit. Die Petition sollte vom Ausschuss ein Okay bekommen, damit die neue Maut umgesetzt wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt GV Dr. Voggenhuber den **Antrag, die vorliegende Petition zu beschließen.**

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): 7 dafür, 2 dagegen (GV Neumeier und GV Illinger). Da es zu keinem einstimmigen Ergebnis kam, wird der Antrag an die Gemeindevertretung zur Beschlussfassung retourniert.

5. Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag

GV Dr. Voggenhuber berichtet über den EURATOM-Vertrag aus dem Jahre 1957, der zur Erforschung und Sicherung etc. von Atomenergie abgeschlossen wurde. Österreich ist Partner in diesem Vertrag. Viele Organisationen, wie die Landesregierungen und knapp 100 österreichische Gemeinden, haben bereits diese Resolution beschlossen. Es macht mehr Druck, wenn auch die Stadtgemeinde Oberndorf diese Resolution beschließt. Österreich zahlt jährlich ca. 100 Mio. Euro in für diesen Vertrag zur Erforschung der Atomenergie. Die Atomkraftwerke überschwemmen nach wie vor den Markt mit billigem Strom. Es geht darum, dass auch Oberndorf als Gemeinde sagt, dass dieser Vertrag nicht mehr unterstützt wird. Die Forschungsgelder sollten in die erneuerbaren Energien fließen. Mittlerweile haben 92

österreichische Gemeinden und alle Landesregierungen diesen Beschluss gefasst. Das Bundesland Salzburg fasste diesen Beschluss bereits im Jahr 2007.

GV Oberer erkundigt sich, ob es Sinn macht, dass jede einzelne Gemeinde einen solchen Beschluss fasst.

GV Voggenhuber bekräftigt, dass dieser Beschluss dazu beiträgt, dass noch mehr Druck auf die Verantwortlichen erzeugt wird, dass auch Österreich als Staat aussteigt.

GV Tutschka berichtet, dass im Flachgau auch Seeham, Köstendorf, Seekirchen und Schleedorf diesen Beschluss gefasst haben. Ein Fördertopf für Fotovoltaikanlagen, der mit 15 Mio. EURO dotiert war, war innerhalb von 15 min aufgebraucht. Die 100 Mio. EURO wären hier gut angelegt, um interessierten Menschen eine Chance auf Alternativen zu geben.

GV Ing. Moser ist der Meinung, dass das Geld für Förderungen im eigenen Land aufgewendet werden sollte. Österreich hat ein Atomsperrgesetz und daher auch kein Atomkraftwerk. Daher wird auch kein solches Kraftwerk gebaut werden. Österreichisches Geld sollte nicht für Erhalt und Reparatur von schadhafte Reaktoren aufgewendet werden.

GV Tuschka verliest, dass für die Durchführung des 7. Rahmenprogramms 2007 – 2011 ca. 3,092 Mrd. EURO lt. EU-Kommission zur Verfügung stehen. Diese teilen sich auf in 2,159 Mrd. EURO für Fusionsforschung, 394 Mio. EURO für Kernspaltung und Strahlenschutz sowie 539 Mio. für Maßnahmen der gemeinsamen Forschungsstelle im Nuklearbereich (Bau von ITER).

GV Ing. Moser meint, dass die Förderung von Fusionsforschung sinnlos erscheint, da die dabei entstehenden Temperaturen technisch nicht beherrschbar sind.

GV Illinger meint, dass es hier darum geht, Druck gegen die Regierung aufzubauen, aus dem Vertrag auszusteigen. Dazu wird es auch einige Klauseln geben, die erfüllen sind.

GV Tutschka verliest dazu, dass jedem Mitgliedsstaat der Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag möglich ist, ohne dass davon die Mitgliedschaft an der EU berührt wird. Zu dieser Ansicht kommen getrennt voneinander 3 Völkerrechtsexperten.

Bgm. Schröder erklärt, dass, wenn im Ausschuss Einstimmigkeit herrscht, der Ausschuss eine Empfehlung an die Gemeindevertretung abgeben kann.

GV Voggenhuber trägt den Beschlussfassungstext vor: Die Gemeindevertretung möge beschließen: Die Stadtgemeinde Oberndorf unterstützt den Resolutionsantrag „Raus aus dem EURATOM-Vertrag“ und ersucht den Bürgermeister, für die Stadtgemeinde die Unterstützungserklärung zu unterzeichnen.

GV Ing. Eder erkundigt sich, wie die UNO in Wien und die internationale Atombehörde (IAEO) in diesem Zusammenhang zu sehen ist. Es gibt auch in Österreich Kernreaktoren, insbesondere für den Forschungsbetrieb an einigen Universitäten. Österreich ist daher nicht ganz reaktorfrei.

GV Ing. Moser erklärt, dass das Gebiet der UNO ein internationales Gebiet ist, die Pacht wurde kürzlich wieder um 99 Jahre verlängert. Die Schweiz war lange Zeit kein UNO-Mitglied, trotzdem gibt es in Genf den Sitz der UNO.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt GV Dr. Voggenhuber den **Antrag, der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der vorliegenden Resolution zu empfehlen.**

Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig empfohlen.

6. Wissenspool erneuerbare Energie

Umweltberater Timin berichtet, dass durch die Arbeitsgruppe Energie das Projekt „Wissenspool erneuerbare Energie“ entwickelt wurde. Das Projekt hat das Ziel, durch verschiedene Maßnahmen Informationen über erneuerbare Energie in die Region zu holen. Kürzlich wurde beim SIR eine Studie zur Untersuchung der Potenziale im Bereich erneuerbarer Energie für die Region in Auftrag gegeben. Die Daten werden ab Februar 2010 für jede Gemeinde separat zur Verfügung stehen.

Bgm. Schröder meint, dass die Erkenntnisse aus dieser Untersuchung einiges aufzeigen werden. Ein Besuch von Modellgemeinden wäre dann interessant.

7. Altstoffsammelzentrum – Betrieb

Umweltberater Timin berichtet, dass erst kürzlich auf Grund eines Einbruches eine Alarmanlage installiert wurde. Weiters in Bearbeitung ist eine Holzwand (Rückwand) bei der Grünschnittsammelstelle. Der Sammelbehälter für Kunststoffverpackungen wurde gegen einen kürzeren Behälter ausgetauscht, um die gefahrlose Benützung der Treppe zu ermöglichen. Mit Jahresende erfolgt eine Umstellung der Agrarfoliensammlung von permanenter Übernahme auf Sammeltermine. Für die Styroporverpackungen wird eine Sammlung in BIG-BAG eingeführt. Am 09.09.2009 fand eine behördliche Überprüfung des Bauwerks und des Betriebes statt.

GV Ing. Moser erkundigt sich, wie es um die Einführung eines Verrechnungssystems (insbesondere Grünschnitt) am ASZ steht.

Umweltberater Timin erklärt, dass es bereits jetzt eine Verrechnung von Übermengen bei der Anlieferung gibt. Die Mengen aus mobilen Sammlungen werden über das ASZ abgerechnet. Mit Inbetriebnahme des ASZ wurde auch über die Installation einer Benutzerkarte und Steuerung der Benützung via EDV verhandelt. Entsprechende Verrohrungen und Vorinstalltionen wurden angebracht.

Bgm. Schröder erläutert, dass baulich der Einbau einer Schrankenanlage vorgesehen wurde. Verschiedene Kartensysteme mit Entwertung der Freimenge sind bekannt. Derzeit lässt aber die Personalausstattung eine strengere Handhabung nicht zu. In den Diskussionen ging es darum, ob es Sinn macht, diesen Aufwand zu betreiben. Das ASZ ist derzeit personell sehr schlank ausgestattet. Die Bemühungen gehen dahin, die Kosten möglichst gering zu halten. Die Erfahrung aus der bisherigen Praxis zeigen, dass bei der Einhebung von Geld bei der Übernahme viel Zeit und Diskussion notwendig ist. Es besteht die Gefahr, dass ein strenges System dazu führt, dass die Abfälle unsachgemäß entsorgt werden, um Kosten zu sparen.

GV Voggenhuber meint, dass der Betreuer sehr gut im Auge hat, wer mit welcher Menge kommt.

GV Neumeier meint, dass oft KFZ mit Kennzeichen zu beobachten sind, die nicht aus dieser Region stammen. Ein Zutrittsystem, dass nur Benutzern der Gemeinden Oberndorf, Nußdorf und Göming den Eintritt erlaubt, wäre sinnvoll.

GV Auzinger meint, dass diese Karte auch weitergegeben werden kann.

GV Oberer meint, dass an einem Betriebstag pro Woche länger geöffnet werden sollte. Im Gegenzug könnte an diesem Tag später geöffnet werden. Aus beruflichen Gründen ist es einigen Bürgern nicht möglich, zu den jetzigen Öffnungszeiten anzuliefern.

GV Tutschka verliert die derzeitigen Übernahmepreise und kritisiert, dass hier nicht angeführt wird, wie oft eine Anlieferung frei erfolgen kann. Hier sollte eine Begrenzung erfolgen.

GV Auzinger ist der Ansicht, dass ein Verrechnungssystem nur über die Buchhaltung funktionieren würde.

GV Neumeier meint, dass durch den Betreuer jetzt schon reagiert wird, wenn Übermengen angeliefert werden und dafür der geltende Übernahmepreis eingehoben wird.

GV Voggenhuber erklärt, dass diese Anregungen im nächsten ASZ-Ausschuss abgehandelt werden sollen.

8. Verpackungsglassammlung Gastronomie

GV Voggenhuber verliert die Ausgangslage und den Verbesserungsvorschlag zu diesem TOP: „Die im Gemeindegebiet von Oberndorf bei Gastronomiebetrieben anfallenden Glasverpackungen werden überwiegend über das kommunale Sammelnetz erfasst. Das führt gelegentlich zu Überfüllungen einzelner Sammelstellen, sodass für Bürger kein Volumen mehr zur Verfügung steht.

Der Austria Glasrecycling GmbH, der zuständigen Gesellschaft für die Sammlung und Verwertung von Glasverpackungen, wurde ein Vorschlag unterbreitet, wie die Verpackungsmengen aus der Gastronomie gesondert gesammelt werden könnten.

Dazu würden zwei 1.500-Liter-Bunt- u. Weißglassammelbehälter alter Generation im Bereich des Betriebsgeländes Mayrhofer aufgestellt werden. Die Sammlung würde über die Gemeinde speziell bei Gastronomiebetrieben beworben werden. Da einige Betriebe bereits die Kartongestra nutzen, ist davon auszugehen, dass auch dieses Angebot genutzt wird und es dadurch zu einer Verbesserung der kommunalen Verpackungsglassammlung kommt. Nachdem bereits eine positive Stellungnahme der AGR vorliegt, kann der Vorschlag umgehend umgesetzt werden.“

GV Voggenhuber meint, dass durch diese Maßnahme an manchen Sammelstellen mehr Platz für die Glasverpackungen der Bürger geschaffen werden könnte.

GV Tuschka bringt vor, dass auch andere Verpackungsfraktionen von der Gastronomie befüllt werden.

Der Ausschuss befürwortet die Umsetzung dieser Maßnahme.

9. Fußgängerzone Stille-Nacht-Platz - Absperrung

Bgm. Schröder berichtet, dass im Stille-Nacht-Bezirk eine Fußgängerzone besteht. Diese nützt aber nichts, da weiterhin PKW durchfahren. Es wäre interessant, welche Meinung der Ausschuss dazu hat und ob es nicht sinnvoll wäre, hier noch weitere einschränkende Maßnahmen zu setzen? Mit der Polizei wurde eine Besichtigung gemacht und daraufhin die zwei bekannten Pflöcke eingebaut. Es stellt sich die Frage, ob als weitere Maßnahme auch in der Fahrbahnmitte ein Pflock aufgestellt wird.

GV Ing. Moser ist auch der Meinung, dass die Fußgängerzone nicht mehr als Durchfahrt zweckentfremdet werden darf.

GV Illinger meint, dass es sich hier um eine Sackgasse handelt, die noch eine räumliche Trennung benötigt. Es stellt sich die Frage, wie die Anrainer dazu stehen.

Bgm. Schröder erklärt, dass die Meinungen der Anrainer unterschiedlich sind, da einige diese Strecke als Abkürzung nutzen.

GV Ing. Eder wirft ein, dass sichergestellt sein muss, dass Einsatzfahrzeuge ungehindert verkehren können.

GV Illinger meint, dass auch die Müllabfuhr ungehindert passieren muss.

GV Oberer berichtet über seine Beobachtungen zum Busverkehr in diesem Bereich und zur Verkehrsinsel, die ständig beschädigt wird.

Bgm. Schröder meint, dass es dieses Busthema vermehrt seit ca. 5 Jahren gibt. Verstärkt tritt es in der Weihnachtszeit auf. Der Tourismusverband hat kürzlich einige neue Schilder in Auftrag gegeben.

GV Illinger erkundigt sich, wann diese Schilder aufgestellt werden und berichtet weiters, dass Busse auch auf Höhe Hillebrand zum Ausstieg halten.

Bgm. Schröder erklärt, dass das von den Auftraggebern abhängt.

Der Ausschuss befürwortet die Umsetzung dieser Maßnahme und vertritt die Meinung, dass die Gemeindevertretung einen Beschluss darüber fassen sollte.

10. Allfälliges:

GV Voggenhuber berichtet, dass Hr. Michael Mayr bisher seitens der Grünen für das Klimabündnis als Ansprechpartner zur Verfügung stand.

GV Illinger ergänzt, dass bisher 2 AG-Sitzungen unter Hr. Mayr stattgefunden haben.

GV Voggenhuber schlägt vor, dass Fr. Petzelberger für den Ausschuss Themen erarbeiten könnte. Diese Themen würden dann über die Vorsitzende eingebracht werden.

Bgm. Schröder berichtet zu den Gerüchten über die Salzachbrückenstandorte, dass der Standort Riedersbach/Fridolfing lt. Zeitung und div. anderen Meldungen umgesetzt werden soll. Laut Landesverkehrsplanung handle es sich hier um eine Brücke für den lokalen Bedarf und mit geringer Bedeutung in der Auswirkung.

Zur Brücke zwischen Salzburg und Oberndorf erklärte kürzlich LR Grabner, dass die EU-Kommission eine Brücke nicht verhindern werde, lediglich über den genauen Standort müsse man sich einigen. In Salzburg wird ohnehin der Natura-2000-Status strenger ausgelegt als er von der EU gedacht war. In Bergheim regen sich Widerstände gegen einen Standort.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt die Obfrau die Sitzung um 20.10 Uhr.

Der Schriftführer:
gez. Helmut Timin eh.

Die Obfrau:
gez. Dr. Andrea Voggenhuber eh.